

# Der Druck steigt

**Hochschulwettbewerb.** Die im Jahr 2006 gestartete Exzellenzinitiative hat an Deutschlands Hochschulen viel verändert. Vor allem in der Forschung müssen die Wissenschaftler mittlerweile regelrecht um Aufträge und Projektgelder kämpfen. In die Lehre dagegen ist der Wettbewerbsgedanke noch immer nicht richtig eingezogen.

„Das Dogma von der Gleichheit aller Universitäten hatte ins Mittelmaß geführt und musste abgelöst werden durch Wettbewerb und Differenzierung.“ So drastisch beschreibt Mathias Kleiner, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Situation der Hochschu-

len vor 2006. Damals wurde die staatliche Exzellenzinitiative ins Leben gerufen, organisiert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat.

Um den Wettbewerb an deutschen Hochschulen zu befeuern, haben Bund und Länder viel Geld in die

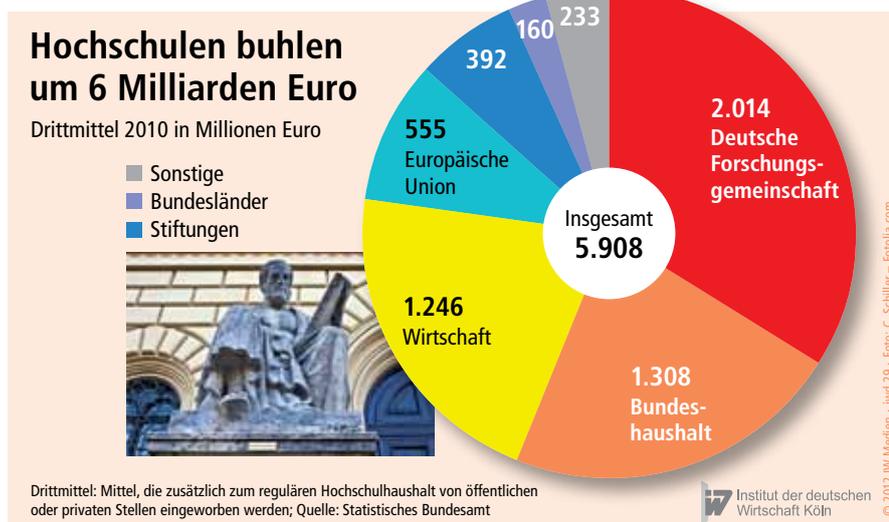
Hand genommen: In den beiden ersten Runden der Exzellenzinitiative konnten sich die Unis und Fachhochschulen um insgesamt 1,9 Milliarden Euro bewerben, in der dritten und letzten Runde werden zwischen 2012 und 2017 noch einmal 2,7 Milliarden Euro verteilt.

Die Drittmittel stammen aber nicht nur vom Staat, sondern unter anderem auch aus privatwirtschaftlichen Quellen (Grafik). Insgesamt sind diese Mittel zuletzt stärker gestiegen als alle anderen Einnahmen (Grafik Seite 2):

**Zwischen 2000 und 2010 haben sich die Drittmittel der Hochschulen auf fast 6 Milliarden Euro mehr als verdoppelt.**

Die Grundmittel, die von Bund und Ländern ohne konkrete Zuordnung für Lehre und Forschung zugewiesen werden, sind dagegen im selben Zeitraum nur um ein Viertel gestiegen. Sie beliefen sich 2010 auf 20,3 Milliarden Euro.

Zweifellos hat die Tatsache, dass Unis und Fachhochschulen verstärkt Drittmittel einwerben →



## Inhalt

**Arbeitslosenversicherung.** Ohne die Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an den Bund könnte der Beitragssatz sinken.  
Seite 3

**Schuldenkrise.** Die Zinsen für italienische und spanische Staatsanleihen sind niedriger als oft vermutet.  
Seite 4

**Gebäudesanierung.** Die energetische Modernisierung rechnet sich nur unter bestimmten Voraussetzungen.  
Seite 5

**Haustiermarkt.** In mehr als jedem dritten deutschen Haushalt gibt es einen tierischen Mitbewohner.  
Seite 6

**Lettland.** Dank ausländischer Kredite und einer strikten Sparpolitik hat das Land die Finanzkrise gut bewältigt.  
Seite 7

**Logistik.** Im weltweiten Vergleich der Logistikstandorte ist Deutschland auf Platz vier zurückgefallen.  
Seite 8

→ können, den Wettbewerb im Hochschulbetrieb gestärkt. Gerade die Exzellenzinitiative brachte neue Ideen und Konzepte hervor und verschaffte den deutschen Hochschulen auch im Ausland viel Anerkennung. Gleichwohl hat die unterschiedliche Entwicklung der Grund- und Drittmittel auch Probleme mit sich gebracht. Eine austarierte Hochschulfinanzierung sollte daher folgende Punkte beachten:

- Um die **Grundlagenforschung** zu sichern, brauchen die Hochschulen eine langfristige Finanzierungssicherheit. Im Jahr 2009 wurde fast die Hälfte der 11,8 Milliarden Euro, die für die Hochschulforschung zur Verfügung standen, im Wettbewerb und damit für zeitlich befristete Projekte vergeben. Damit Drittmittelanträge erfolgreich sind, müssen Wissenschaftler meist detailliert angeben, wann welche Ergebnisse erreicht werden können. Zur Grundlagenforschung gehören jedoch auch offene und risikoreiche Fragestellungen, weshalb künftig mehr Grundmittel

für die Forschung zur Verfügung gestellt werden sollten.

- **Projektgelder** reichen oft nur aus, um das eigentliche Forschungsvorhaben zu finanzieren. Auf den Kosten für Verwaltungs- und Bibliotheksleistungen, Räume sowie für die Ausstattung bleiben die Hochschulen meistens sitzen. Nötig wären deshalb verbindliche Projektzuschläge, wie sie das Bundesbildungsministerium vergibt: Bis 2015 gibt es einen 20-prozentigen Aufschlag auf eingeworbene Projektmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
- Dank der Exzellenzinitiative arbeiten Hochschulen, Unternehmen und außeruniversitäre Einrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft mittlerweile deutlich enger zusammen als 2006. Diese **innovativen Kooperationen** sollten vom Bund und den Bundesländern auch dann weiter unterstützt werden, wenn die letzten Gelder der Exzellenzinitiative verteilt sind.
- Viele Bundesländer schreiben für Erstberufungen von Professoren

eine **Zwangsbefristung** fest. Dies widerspricht dem Gedanken der Hochschulautonomie und benachteiligt überdies eine Reihe von Hochschulen im Wettbewerb um die besten Kandidaten. Denn Bewerber entscheiden sich bei mehreren Offerten eher für die Festanstellung als für die befristete Beschäftigung.

- Die **Lehre** kommt in der jetzigen Hochschulfinanzierung zu kurz. Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 7.190 Euro pro Hochschüler aufgewendet – 90 Euro weniger als im Jahr 2000. Die finanzielle Situation verschlechtert sich zudem dadurch, dass nur noch in zwei Bundesländern Studiengebühren erhoben werden. Im Jahr 2008 mussten die Studenten in sieben Ländern für ihr Studium bezahlen und finanzierten mit ihren Gebühren fast 5 Prozent der Hochschulausgaben.

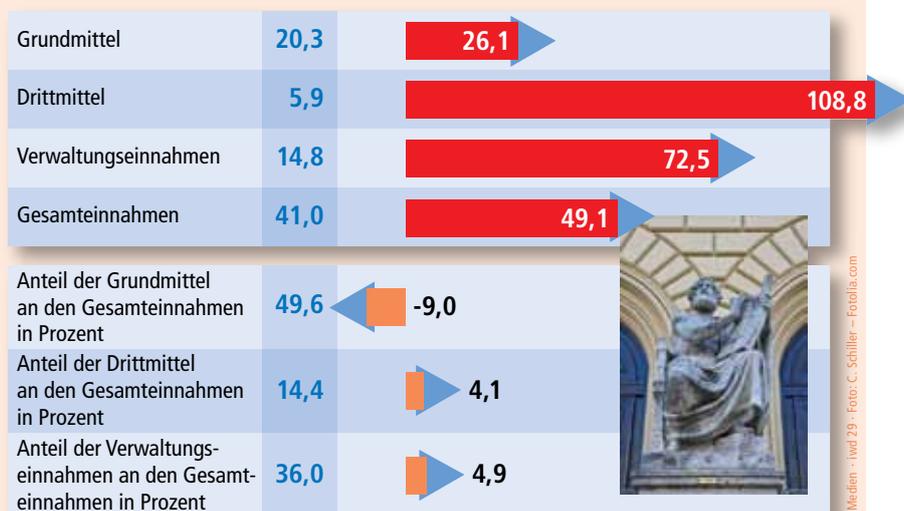
Nötig wäre auch mehr Wettbewerb in der Lehre. Flächendeckende Studiengebühren sowie ein Gutscheinsystem für Studenten, bei dem die Mittel ausschließlich in die Lehre fließen, dürften die Dozenten und Professoren motivieren, didaktisch möglichst ansprechende Seminare und Vorlesungen zu halten.

Mit der Einführung obligatorischer Studiengebühren wäre aber auch die Studienfinanzierung neu zu regeln. So sollten alle Subventionen für Hochschüler – also Steuerfreibeträge, Kindergeld, verbilligte Krankenkassenbeiträge – im Rahmen eines neuen Bafögs zusammengeführt werden. Dieses Bafög sollte Kindern aus einkommensschwachen Familien einen deutlich höheren Zuschuss zum Studium gewähren als heute – und dieser muss nicht zurückgezahlt werden. Außerdem sollten alle Studenten auf zinsgünstige Studienkredite zugreifen können.

## Hochschuleinnahmen: Eigeninitiative gefragt

2010 in Milliarden Euro

■ Veränderung in Prozent seit 2000    ■ Veränderung in Prozentpunkten seit 2000



Verwaltungseinnahmen: Rund 85 Prozent sind Einnahmen aus der Krankenbehandlung in den Hochschulkliniken; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

# Beitragssatz könnte sinken

**Arbeitslosenversicherung.** Neue Jobs und höhere Löhne füllen die Kasse der Bundesagentur für Arbeit (BA). Wenn der Bund sich daraus nicht bedienen würde, könnte der Beitragssatz sinken – und es gäbe trotzdem noch Reserven für schlechtere Zeiten.

In den vergangenen zwölf Monaten sind über 670.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Der Beschäftigungsaufbau und teils kräftige Lohnsteigerungen sorgen für sprudelnde Beitragseinnahmen der Bundesagentur für Arbeit.

**Im ersten Quartal 2012 kassierte sie 320 Millionen Euro oder 5,5 Prozent mehr als im Vorjahresquartal.**

Gleichzeitig sinken die Ausgaben, weil weniger Arbeitslose zu alimentieren sind. Im ersten Quartal 2012 wurden 1,1 Milliarden Euro weniger ausgegeben als im gleichen Vorjahreszeitraum. Allein die Einsparungen beim Kurzarbeiter- und beim Arbeitslosengeld summierten sich auf mehr als 700 Millionen Euro.

## Mehr Geld für Problemgruppen

Bezieht man die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit auf die Zahl der möglichen Leistungsempfänger – neben den arbeitslos Gemeldeten umfasst dies auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen –, dann hat die Behörde ihr Budget in den vergangenen fünf Jahren erheblich aufgestockt. Pro Kopf stiegen die Ausgaben um mehr als 60 Prozent auf fast 8.700 Euro im Jahr (Grafik). Vor allem Problemgruppen wie nicht ausbildungsfähige Jugendliche wurden stark gefördert.

## Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Was die Bundesagentur zahlt

	je Arbeitslosen in Euro		darunter:	
	Insgesamt		Förderung der beruflichen Weiterbildung	Förderung der Berufsausbildung
2007	5.393		257	437
2008	6.459		402	517
2009	9.601		612	544
2010	9.585		413	602
2011	8.685		341	671

Arbeitslose zuzüglich Personen in Maßnahmen im Bereich Arbeitslosengeld I  
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iwdf 29

Weitere 700 Millionen Euro konnten bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingespart werden, die Arbeitslosen den Weg zurück in den Job erleichtern sollen. Dies führt mancherorts zu der Kritik, die Arbeitsagenturen würden zulasten der Arbeitslosen sparen – was aber nicht stimmt (Kasten).

Weil die Arbeitslosenversicherung nach Meinung der Bundesregierung im Geld schwimmt, fühlt sich die Politik nicht mehr an ein Versprechen aus dem Jahr 2007 gebunden. Zur Erinnerung: Damals erhöhte die Große Koalition die Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent und begründete diese Maßnahme unter anderem damit, dass die Unternehmen und die Beschäftigten von Abgaben entlastet werden sollten: 1 Punkt der Mehrwertsteueranhebung sollte in die Arbeitslosenversicherung fließen, damit diese ihren Beitragssatz von 6,5 auf 4,2 Prozent senken konnte.

Diese Zahlungen, die 2011 rund 8 Milliarden Euro ausmachten, werden ab diesem Jahr reduziert. Statt 8,3 Milliarden Euro, mit denen die Bundesagentur eigentlich hätte rech-

nen können, überweist der Bund lediglich 7,2 Milliarden Euro.

Doch dies ist nicht die einzige Umleitung von Geldern aus Nürnberg in den Bundeshaushalt. Die BA zahlt außerdem einen „Eingliederungsbeitrag“ an den Bund; zuletzt waren dies 4,5 Milliarden Euro. Dieses Geld dient dazu, Arbeitslosengeld-II-Empfänger durch verschiedene Maßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern – damit hat die BA aber haushaltstechnisch gar nichts zu tun, denn das Arbeitslosengeld II ist eine Fürsorgeleistung des Bundes.

Die Begehrlichkeiten des Bundes kosten die Unternehmen und ihre sozialversicherungspflichtig Beschäftigten viel Geld. Würde Berlin nicht insgesamt 5,6 Milliarden Euro aus dem Nürnberger Haushalt abziehen, könnte der Beitragssatz um 0,7 Punkte sinken. Und es bliebe immer noch ein Milliardenbetrag in der Kasse – allein im ersten Quartal 2012 erzielte die Bundesagentur einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro, der sich im Jahresverlauf noch deutlich erhöhen wird.

# Erträgliche Zinslast

**Schuldenkrise.** Derzeit wird immer lauter gefordert, der Euro-Rettungsschirm solle italienische und spanische Staatsanleihen aufkaufen und so die Zinsen drücken. Doch diese sind niedriger, als es die mediale Aufregung vermuten lässt.

Bad news is good news – diese Regel gilt heute, da eine immer größere Zahl von Medien um die Gunst der Leser, Zuschauer und Hörer buhlt, mehr denn je. Doch manchmal genügt ein nüchterner Blick zurück, und alle Aufgeregtheiten lösen sich auf. Das gilt auch und gerade für so manches Krisenszenario in Sachen spanische und italienische Staatsverschuldung.

- **Zinsen für Staatsanleihen.** Im längerfristigen Vergleich ist die Zinsbelastung in Italien und Spanien immer noch relativ niedrig. Für alle Staatsanleihen – alte wie neue – müssen beide Länder durchschnittlich rund 4,5 Prozent zahlen, 1995 waren es etwa 10 Prozent (Grafik).

- **Zinsquote.** Italien muss derzeit zwar 5,3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Zinszahlungen abzweigen, im Jahr 1995 war die Zinsquote aber mit 11,5 Prozent mehr als doppelt so hoch. Spanien muss nach einer Schätzung der EU-Kommission aktuell nur 3,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Zinsen aufwenden, 1995 waren es 5,1 Prozent.

**Die spanische Zinsquote liegt mit derzeit 3,2 Prozent nicht allzu weit über der deutschen (2,5 Prozent) und nahezu gleichauf mit der britischen (3,4 Prozent).**

- **Staatsschulden.** Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich nicht viel getan

– die Italiener stehen nach wie vor mit rund 120 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide, die Spanier kamen zuletzt auf Werte zwischen 60 und 70 Prozent. Der Unterschied besteht nur darin, dass früher niemand von der Gefahr eines Staatsbankrotts sprach.

Eines aber ist heute anders als zuvor: Italien und Spanien stecken in einer Rezession. Die Steuern flie-

ßen spärlicher und die Ausgaben – etwa für Arbeitslose – steigen. Deshalb dürften die Staatsschulden weiter wachsen, vor allem in Spanien. Dort ist das allerdings weniger kritisch als oftmals befürchtet.

**Spaniens Staatsverschuldung lag 2011 bei 68 Prozent des BIP und damit deutlich unter der deutschen Quote von 81 Prozent.**

- **Zinsen für neue Schulden.** Bei der Emission neuer Staatsanleihen müssen Spanien und Italien derzeit Zinsen von 6 bis 7 Prozent bieten, um genügend Käufer zu finden.

Weil Italien bis Ende des Jahres 2014 aber nur ein Viertel seiner alten Staatsschulden durch neue ablösen muss, ist selbst der aktuelle Zins von 7 Prozent kein Drama. Da die Sätze für die übrigen Altschulden deutlich niedriger sind, steigt der Durchschnittszins bis zum übernächsten Jahr nur auf rund 5 Prozent.

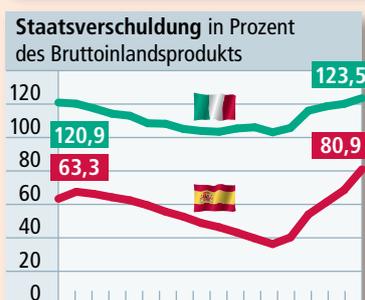
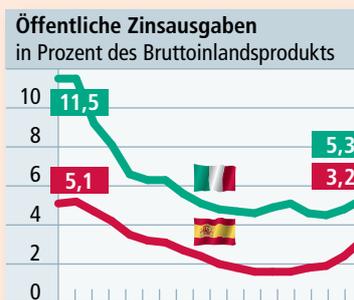
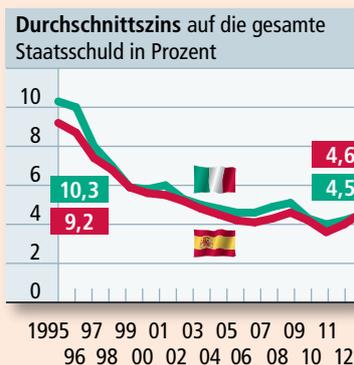
Spanien muss bis Ende 2014 zwar nahezu 60 Prozent seiner Schulden refinanzieren. Doch auch bei einem Zins von 7 Prozent würde der Durchschnittszins bis Ende 2014 nur auf erträgliche rund 5,5 Prozent steigen.

Erst wenn die Zinsen deutlich über 8 Prozent hinausgehen und weiter steigen, sollte der Rettungsschirm eingreifen und eine drohende Zinsspirale verhindern – denn eine solche könnte zur Zahlungsunfähigkeit führen.

Handlungsbedarf besteht dann auch aus einem anderen Grund: Hohe Zinsen für den Staat treiben die Zinsen für die Privatwirtschaft ebenfalls nach oben. Dies erschwert Investitionen und behindert den Aufschwung.

## Schuldenkrise: Kein Grund zur Panik

 Spanien  Italien



2012: Prognose; Quelle: Europäische Kommission

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · Iwd 29

# Teurer Klimaschutz

**Gebäudesanierung.** Die energetische Modernisierung von Wohnhäusern geht zu langsam voran, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Die Sanierung ist sehr teuer und rechnet sich nur unter bestimmten Voraussetzungen. 

Wie viel der Staat bei energetischen Sanierungen zahlen soll, ist weiterhin offen. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat die Entscheidung über das Gesetz zur staatlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden auf die Agenda nach der Sommerpause verschoben (Kasten).

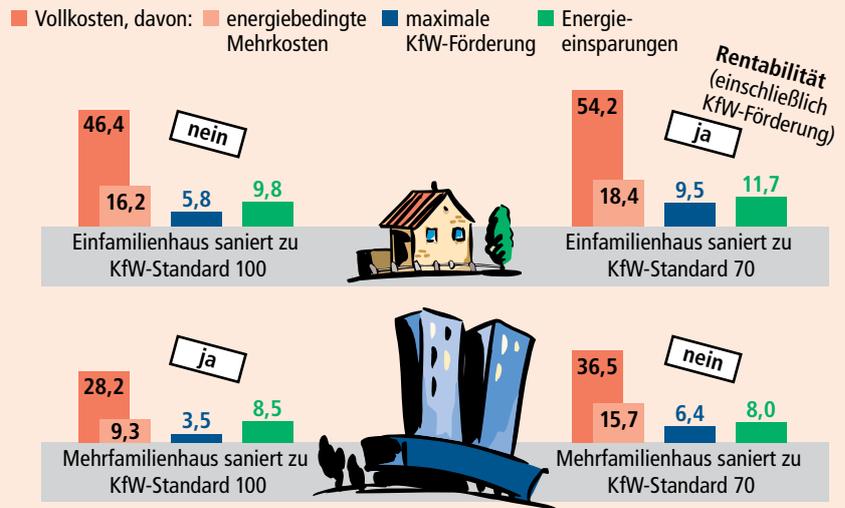
Klar ist aber, dass die hohen Kosten die privaten Eigentümer überfordern. Deshalb werden derzeit zu wenige Wohngebäude saniert, so das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Eigentümer-schutz-Gemeinschaft Haus & Grund. Es sind jedenfalls zu wenige, um die

## Steuerliche Förderung

Der Bundestag hat im Juni 2011 das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden verabschiedet. Steuerpflichtige, die ihr Gebäude mindestens auf den Effizienzhausstandard 85 sanieren, sollen jeweils bis zu 10 Prozent der Kosten über zehn Jahre absetzen können – Vermieter als Abschreibungen, Selbstnutzer als Sonderausgaben. Die Bundesländer haben sich bisher geweigert, dem Gesetzentwurf im Vermittlungsausschuss zuzustimmen. Sie befürchten hohe Steuerausfälle für die Länder und verlangen Nachbesserungen.

## Energetische Sanierung: Ein Rechenexempel

Jährliche Kosten und Einsparungen durch Gebäudesanierungen in Euro pro Quadratmeter für einen Zeitraum von 20 Jahren



KfW-Standard: Die KfW Bankengruppe gewährt staatliche Fördermittel für das Erreichen von Standards (Effizienzhäuser 115, 100, 85, 70, 55). Je niedriger die Ziffer, umso höher die Energieeinsparungen und die Förderung. Vollkosten: Durchschnittliche Gesamtkosten, dazu gehören Instandsetzungskosten (z. B. Badsanierung), energiebedingte Mehrkosten und Modernisierungskosten zur Wohnwertverbesserung (z. B. Balkonanbau). Energiebedingte Mehrkosten: Kosten für energiesparende Maßnahmen, z. B. Dämmung der Außenwände; Quelle: Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. Kiel  Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2012 IW Medien - iw-d 29

Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen.

**Die Regierung will den Wärmebedarf von Wohnhäusern bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent reduzieren.**

Bislang werden jährlich nur rund 3 Prozent des Gebäudebestands saniert, davon rund ein Drittel energetisch. Bei diesem Tempo verringert sich der Energiebedarf bis 2050 lediglich um 57 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008.

Das Problem: Die Kosten einer energetischen Modernisierung übersteigen häufig die Energieeinsparungen (Grafik). Um etwa ein altes Einfamilienhaus auf einen mittleren Effizienzstandard zu bringen, zahlt der Eigentümer über 20 Jahre gerechnet mehr als 16 Euro pro Quadratmeter. Die Energieeinsparungen belaufen sich jedoch lediglich auf etwa 10 Euro pro Quadratmeter. Um die Lücke zwischen Ausgaben und Einsparungen zu schließen, gibt es zwar diverse Förderprogramme, zum Beispiel von der KfW Bankengruppe. Allerdings lassen sich die Lücken

meist selbst durch die maximale Förderung nicht stopfen. Die Folge:

**Energetische Modernisierungen außerhalb des gängigen Sanierungszyklus von 30 bis 40 Jahren sind bei den aktuellen Energiepreisen nicht wirtschaftlich.**

Und auch sonst lohnt sich eine Sanierung ohne staatliche Förderung nur bei einem Drittel der Bauten. Mit Förderprogramm sind rund zwei Drittel der Projekte wirtschaftlich. Dazu muss sich das Gebäude allerdings vor der Modernisierung in einem relativ schlechten energetischen Zustand befinden und die Vermieter müssen ihre Mieter angemessen an den Investitionen beteiligen können.



Information

## Gutachten

Ralph Henger,  
Michael Voigtländer:

Energetische Modernisierung des Gebäudebestandes – Herausforderungen für private Eigentümer, Gutachten für Haus & Grund  
Download unter:  
[www.immobilieneoekonomik.de](http://www.immobilieneoekonomik.de)

# Haariges Vergnügen



**Haustiermarkt.** In mehr als jedem dritten deutschen Haushalt gibt es mindestens ein Haustier – insgesamt sind es rund 31 Millionen.

Das liebste Haustier der Bundesbürger ist die Katze: 12,3 Millionen Stubentiger leben in deutschen Haushalten. Hinzu kommen 7,6 Millionen Kleinsäuger, also vor allem

Kaninchen und Meerschweinchen. Und in mehr als jedem achten Haushalt gibt es mindestens einen Hund – das sind 7,4 Millionen Hunde.

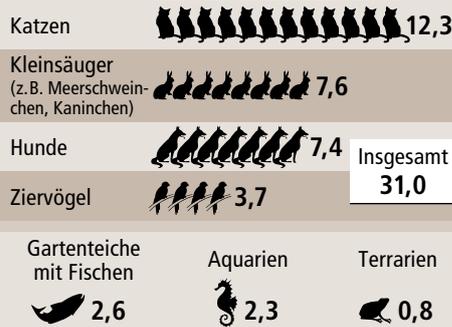
Die Besitzer lassen sich ihre tierischen Mitbewohner einiges kosten: Im vergangenen Jahr wurde auf dem deutschen Markt für Heimtierbedarf ein Umsatz von fast 3,8 Milliarden Euro erwirtschaftet. Mehr als

70 Prozent davon entfielen auf das Tierfutter.

Im europäischen Vergleich geben die Engländer das meiste Geld für Haustiere aus; im Jahr 2011 waren es 4,3 Milliarden Euro. Die Franzosen ließen 4,0 Milliarden Euro springen. Die meisten Haustiere halten aber die Italiener: Hier kommen rund 480 Tiere auf 1.000 Einwohner.

## Stubentiger an der Spitze

Anzahl der Haustiere in deutschen Haushalten im Jahr 2012 in Millionen



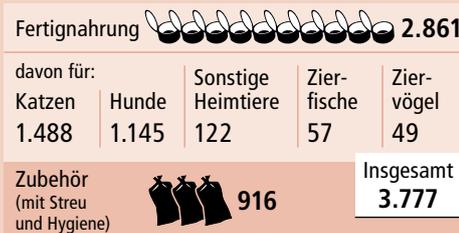
Befragung von 2.012 Deutschen ab 14 Jahren im April 2012; Quelle: Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 29

## Alles für die Katz

Ausgaben für Heimtierbedarf im Jahr 2011 in Millionen Euro



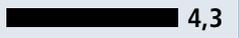
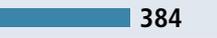
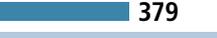
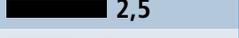
Quelle: Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 29

## Haustiere in Europa

Die fünf Länder, in denen die Bewohner 2011 am meisten für ihre Haustiere ausgegeben haben

	in Milliarden Euro	Haustiere je 1.000 Einwohner
Vereinigtes Königreich	 4,3	 384
Frankreich	 4,0	 428
Deutschland	 3,8	 379
Italien	 2,5	 483
Russland	 1,7	 274

Quelle: Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 29



# Krise erfolgreich bekämpft

**Lettland.** Nachdem die baltische Republik Ende 2008 kurz vor der Pleite gestanden hatte, ist ihre Wirtschaft heute wieder international wettbewerbsfähig. Geholfen haben ein Kreditpaket der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds sowie eine strikte Sparpolitik.

Viele Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sind in den vergangenen Jahren aus unterschiedlichen Gründen wirtschaftlich ins Trudeln geraten, und die meisten tun sich äußerst schwer, die Krise zu überwinden. Doch es gibt auch erfreuliche Gegenbeispiele – eines davon ist Lettland.

Der baltische Staat erlebte nach dem EU-Beitritt 2004 zunächst einen enormen Aufschwung, der allerdings auch Löhne und Preise in die Höhe trieb und einen Boom am Immobilienmarkt auslöste. Als 2008 nach der Pleite der Lehman-Bank die Blase platzte, weil die Hauspreise fielen und die internationalen Banken der Wirtschaft den Kredithahn zudrehten, stürzte Lettland in eine schwere Rezession (Grafik):

**In den Jahren 2008 und 2009 brach die lettische Wirtschaftsleistung real um etwa ein Fünftel ein.**

Um die Kreditklemme abzuwenden, bat die Regierung in Riga das Ausland um Hilfe. EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und einige nordeuropäische Staaten sagten Kredite über 7,5 Milliarden Euro zu. Dafür musste sich Lettland aber zu schmerzhaften Anpassungsmaßnahmen verpflichten.

Dabei verzichteten die Letten – gegen den Rat des IWF – darauf,

ihre eng an den Euro gebundene Währung abzuwerten. Zwar hätte eine Abwertung des Lats die lettischen Exporte verbilligt, im Gegenzug aber die Importe verteuert und so die Inflation erneut angeheizt. Auch die Zins- und Tilgungskosten für in Euro aufgenommene Kredite hätten sich erhöht.

Stattdessen schlug Lettland einen strikten Sparkurs ein:

**Nach fast 9 Milliarden Euro im Jahr 2008 gab der Staat 2010 insgesamt lediglich noch 7,9 Milliarden Euro aus.**

Allein die staatlichen Personalausgaben sanken in diesem Zeitraum um rund ein Drittel. Weil Löhne und Gehälter gekürzt wurden, ging auch die Inflationsrate stark zurück und die gesamtwirtschaftlichen realen Lohnstückkosten fielen von 2008 bis 2011 um nahezu 17 Prozent. All dies trug dazu bei, dass die lettischen Unternehmen auf den internationalen Märkten wieder wettbewerbsfähig wurden. Zudem leitete die Regierung Strukturereformen ein – etwa in Form des Small Business Act, der Firmengründungen erleichterte.

Allerdings war dieser Weg sehr steinig. So musste Lettland im Zuge der schweren Rezession seine Importe massiv zurückfahren – das trieb zwar die zuvor tiefrote Leistungsbilanz 2009 ins Plus, aber viele Beschäftigte verloren ihren Job, die Arbeitslosenquote kletterte bis 2010 auf über 18 Prozent.

Im Jahr 2011 wurde Lettland jedoch für seinen Kampf belohnt – die Wirtschaft legte wieder um mehr als 5 Prozent zu und die Arbeitslosigkeit ging spürbar zurück.

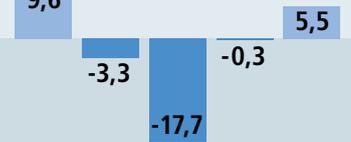
## Lettland in Zahlen



2007 2008 2009 2010 2011

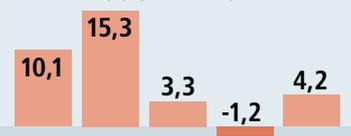
### Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



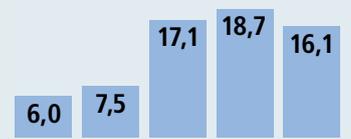
### Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



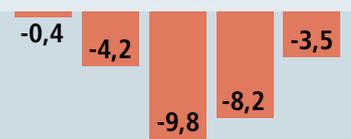
### Arbeitslosenquote

in Prozent



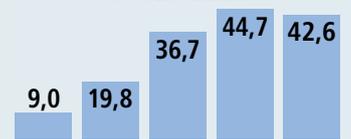
### Haushaltssaldo

in Prozent des BIP



### Schuldenstand

in Prozent des BIP



### Leistungsbilanzsaldo

in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den privaten und staatlichen finanziellen Übertragungen; Quelle: Europäische Kommission

# Deutliches Warnsignal

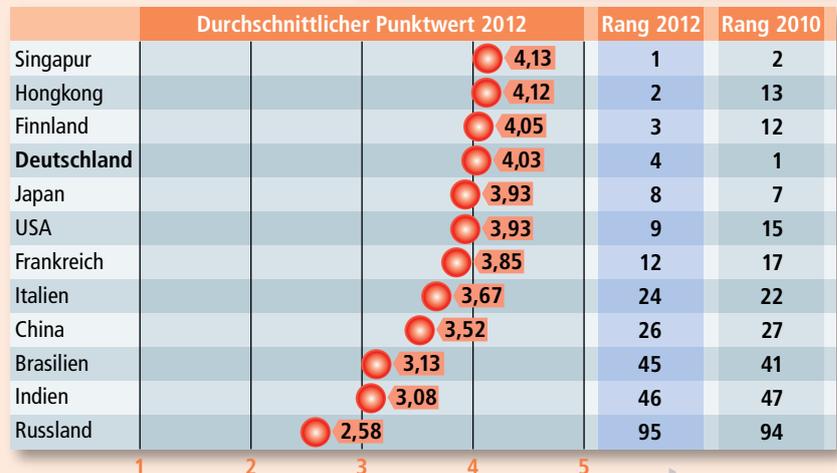
**Logistik.** Im Jahr 2010 kürte die Weltbank Deutschland zum besten Logistikstandort. In der aktuellen Rangliste ist die Bundesrepublik jedoch zurückgefallen. Zwar hat sich die Benotung insgesamt kaum verschlechtert, dennoch zeigen sich einige bedenkliche Schwächen.

Für moderne Volkswirtschaften wie Deutschland, die stark auf den internationalen Handel setzen, sind leistungsfähige Logistiknetze unverzichtbar. Wer auf diesem Gebiet die Nase vorn hat, das zeigt der von der Weltbank regelmäßig erstellte Logistics Performance Index (LPI). Wie sich aus dem Urteil von mehr als 1.000 Praktikern aus der Transportbranche ergibt, steht Deutschland nicht mehr so glänzend da wie in früheren Jahren (Grafik):

**Im globalen Vergleich der Logistikstandorte erreicht Deutschland 2012 nur noch Platz vier – hinter Singapur, Hongkong und Finnland.**

## Logistikstandorte: Deutschland wird überholt

Bewertung des Logistikstandorts auf einer Skala von 1 (= schlecht) bis 5 (= sehr gut)



Länderauswahl; Quelle: Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iwvd 29

Damit schneidet die Bundesrepublik allerdings immer noch besser ab als alle anderen großen Volkswirtschaften – das Nachbarland Frankreich etwa belegt lediglich Rang zwölf –, und die durchschnittliche Bewertung fällt mit 4,03 Punkten (von maximal 5) kaum schlechter aus als im Jahr 2010.

Doch offenbar haben einige der Konkurrenten ihre Hausaufgaben gemacht und die Bedingungen für den internationalen Güterverkehr deutlich verbessert. Daher sollte das aktuelle Ranking für Deutschland zumindest ein Warnsignal sein. Denn die Probleme vor allem in der bisherigen Paradedisziplin Infrastruktur sind nicht zu übersehen. So bemängeln deutsche Logistikexper-

ten schon seit längerem, dass zu wenig Geld in den Erhalt und den Ausbau des Verkehrsnetzes fließt – vor allem auf den Straßen sind die Mängel in Form von Schlaglöchern und zu wenig Fahrspuren offensichtlich und spürbar.

Hinzu kommt, dass die deutsche Politik viel zu oft Entscheidungen getroffen hat, welche die Logistikdrehscheibe Deutschland abbremsen. So wurden an mehreren Flughäfen Nachtflugverbote verhängt, der Ausbau der Rheintalbahn stockt aufgrund von Differenzen zwischen Bund, Land und Region, und auch bei der Elbvertiefung ziehen die politischen Instanzen in den beteiligten Bundesländern nicht alle an einem Strang.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Januar und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.